

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Donnerstag, 24.01.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 15:44 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Susanne Hahn - SPD

Vertretung für: Herrn Nils Bader

Herr Uwe Jordan - SPD

Frau Antje Keller - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Dennis Scholze - SPD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Klaus Benscheidt - FBL 66

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Nils Bader - SPD entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Michael Gröger - AfD entschuldigt

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD entschuldigt

Gäste

Frau Monika Andersson - Seniorenrat Braunschweig entschuldigt

Verwaltung

Herr Wilhelm Eckermann - sty. FBI 65 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
 - 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.12.2018 (öffentlicher Teil)
 - 3 Mitteilungen
 - 3.1 Abstimmungsvereinbarung zur Wertstoffsammlung 18-09781
 - 3.2 Mündliche Mitteilungen
 - 4 Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) 18-09480
 - 5 Anfragen
 - 5.1 Sachstand zum Einsatz von photokatalytischen Baustoffen 19-09860
 - 5.1.1 Sachstand zum Einsatz von photokatalytischen Baustoffen 19-09860-01
 - 5.2 Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden

und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.12.2018 (öffentlicher Teil)

Ratsherr Sommerfeld bittet um Korrektur des Protokolls unter TOP 3.1. Er stellt klar, Herr Krenkel habe sich in seiner Wahrnehmung abwertend über die Arbeit von öffentlichen Verwaltungen insgesamt geäußert und nicht lediglich einen Bezug zur Stadtverwaltung Braunschweig hergestellt.

Das Protokoll wird mit dieser Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

3. Mitteilungen

3.1. Abstimmungsvereinbarung zur Wertstoffsammlung

18-09781

Ratsherr Sommerfeld fragt, wie mit den Verkaufsverpackungen der Dualen Systeme und den stoffgleichen Nichtverpackungen nach deren Sammlung umgegangen werde. Von dem getrennt gesammelten Kunststoff würde nach seiner Information ca. 53 Prozent der Verbrennung zugeführt und weitere 20 Prozent in ärmere Länder mit geringeren Standards exportiert. Nur etwa ein Viertel werde bundesweit wiederverwertet. Diese Quoten sollen regional und lokal stark variieren. Ratsherr Sommerfeld bittet um Auskunft, wie sich diese Werte für Braunschweig darstellen.

Stadtbaudirektor Leuer stellt zunächst richtig, dass der Fachbegriff für Verbrennung die energetische Verwertung sei. Auch bei einer Verbrennung von Restabfall werde nutzbare Wärme erzeugt, was mittlerweile bei fast allen Verbrennungsanlagen der Fall sei. Es könne daher nicht von einer nutzlosen Verbrennung gesprochen werden. Die von Ratsherrn Sommerfeld erbetenen Quoten müssten zunächst bei der ALBA GmbH erfragt werden. Ratsherr Sommerfeld kündigt zu diesem Thema eine Anfrage an. Eine Beantwortung im Protokoll sei daher nicht erforderlich.

Ratsherr Rosenbaum verweist in Ergänzung der von Ratsherrn Sommerfeld thematisierten energetischen Verwertung auf den Export des Kunststoffs hin. Vor Südostasien finde sich der größte Kunststoffeintrag im Meer. Erhebliche Mengen davon würden aus Deutschland stammen. Zu diesem Aspekt beabsichtige er ebenfalls eine Anfrage zu stellen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2. Mündliche Mitteilungen

Stadtbaudirektor Leuer informiert über einen Termin für eine Sondersitzung des Bauausschusses am Dienstag, 26. Februar 2019, ab 15 Uhr.

Protokollnotiz: Ratsherr Lehmann nimmt ab 15.10 Uhr an der Sitzung teil.

Darüber hinaus unterbreitet er Terminvorschläge für die Ortsbesichtigungen Hasenwinkel (Kanalbaumaßnahme), IGS Franzsches Feld (Deckensanierung), Schüttfeld Watenbüttel (Abdichtungsarbeiten), Kläranlage (Erweiterung) und Besichtigung der Bellis GmbH, die in der Vergangenheit im Bauausschuss thematisiert worden seien oder bei denen ein fachliches Interesse für die Ausschussmitglieder bestehe. Die Termine könnten mit Sitzungen des Bauausschusses wie folgt verbunden werden:

Sonder-Bauausschuss,
Dienstag, 26. Februar 2019

Ablauf:

14.00 h: Ortstermin Hasenwinkel
15.00 h: Bauausschuss (Hauptfeuerwache, Lehrsaal)
15.30 h: Ortstermin IGS Franzsches Feld

Regulärer Bauausschuss,
Dienstag, 2. Mai 2019 (altern. 11. Juni 2019)

Ablauf:

14.00 h: Ortstermin Kläranlage
15.00 h: Bauausschuss (auf Kläranlage)
im Anschluss: Ortstermin Schüttfeld Watenbüttel

Der Termin für die Besichtigung des Schüttfeldes sei abhängig vom Bautenstand und könnte alternativ auch in Verbindung mit der Sitzung des Bauausschusses am 11. Juni 2019 erfolgen. Eine Besichtigung der Bellis GmbH sei unabhängig von Jahreszeit und Bautenstand und könne zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Ratsherr Köster dankt Stadtbaurat Leuer für die unterbreiteten Vorschläge und bittet die Ausschussmitglieder um Berücksichtigung der genannten Termine.

4. Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) 18-09480

Auf Nachfrage von Ratsherrn Sommerfeld bestätigt Stadtbaurat Leuer, dass die beabsichtigte Regelung für alle Behältergrößen und -sorten gelte.

Beschluss:

„Die als Anlage beigefügte Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

5. Anfragen

5.1. Sachstand zum Einsatz von photokatalytischen Baustoffen 19-09860

Ratsherr Kühn bittet um Auskunft, ob die Verwendung photokatalytischer Baustoffe aus Sicht der Verwaltung zurzeit nur auf Flächen wie zum Beispiel Dächern denkbar sei, von denen kein Abrieb ausgehe. Herr Benscheidt erklärt, dass dies technologisch durchaus möglich sei. Aber auch bei Dachpfannen wäre, wenn auch in nur geringerem Umfang, damit zu rechnen, dass Materialien in die Umwelt gelangen. Er würde aufgrund der aktuell unklaren gesundheitlichen Auswirkung davon absehen.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme 19-09860-01 der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Mündliche Anfragen

Ratsfrau Jalyschko bittet die Verwaltung um Auskunft, ob zu dem mit dem Weihnachtsmarkt verbundenen Abfallaufkommen Erkenntnisse über Volumen und Zusammensetzung vorliegen. Sie fragt insbesondere, ob mit der Verwendung von Einweggeschirr Konflikte verbunden gewesen seien. Herr Benscheidt berichtet, dass keine Erkenntnisse über die Abfallzusammensetzung vorliegen, da keine Analyse der gesammelten Abfälle vorgenommen werde. Er stellt heraus, dass beim Weihnachtsmarkt die Abfälle von zwei verschiedenen Stellen gesammelt würden. Zum einen in den Behältern auf dem Markt, die von der Braunschweig Stadtmarketing GmbH bei ALBA in Auftrag gegeben seien, und zum anderen die regulären Abfallbehälter im Innenstadtbereich. In den Jahren 2010 bis 2018 wurden auf dem Weihnachtsmarkt jährlich zwischen 15 und 21 Tonnen gesammelt. Eine eindeutige Zu- oder Abnahmetendenz des Abfallaufkommens habe nicht festgestellt werden können. Die Einführung von Pfandbechern habe dabei keine Rolle gespielt, da sich die Marktbeschicker sukzessive für die Umstellung auf Pfandbecher entschieden hätten. Auch bei den regulären Papierkörben in der Innenstadt würden die Abfallmengen schwanken und ließen ebenfalls keine klare Tendenz erkennen. Eine Analyse der Abfälle für die Zukunft sei möglich, müsste aber gesondert beauftragt werden. Ratsfrau Jalyschko bittet, ihr die Angaben zu den Abfallmengen schriftlich zu übermitteln.

Protokollnotiz:

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Restabfall gesamt	15,75	15,98	16,78	21,10	18,97	19,03	17,65	17,60	18,35
Papierkorbmengen Innenstadt							11,19	9,04	9,31

Ratsherr Scherf bittet zur Entwicklung von Grünabfällen und Kompost auf der ALBA-Deponie um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie haben sich die Mengen in dem Bereich Grünabfälle auf der ALBA-Deponie in Watenbüttel seit 2015 entwickelt?
2. Konnten die verarbeiteten Grünabfälle in den letzten Jahren in ca. gleichem Umfang verkauft werden, in dem sie angefallen sind, oder wachsen die Bestände an und wie haben sich die Verkaufspreise seit 2015 entwickelt?
3. Käme bei den Grünabfällen gegebenenfalls zukünftig auch eine Trocknung und anschließende Verfeuerung als lokal vorhandenes „Altholz“ bei BS Energy in Frage?

Stadtbaudirektor Leuer antwortet dazu, dass sowohl der auf dem Gelände des Abfallentsorgungszentrums (AEZ) direkt angelieferte Grünabfall als auch der über die Biotonne gesammelte Bioabfall das Ausgangsmaterial für den gütegesicherten Braunschweiger Kompost bilden. Die Bioabfälle aus der Biotonne seien in der Regel wenig holzig und gut unter Luftabschluss in einer Vergärungsanlage zu Frischkompost zu verarbeiten. Bei diesem Prozess entstehe Methan, das zur Energiegewinnung genutzt werde. Der sogenannte Gärrest werde als Frischkompost auf der Kompostanlage (Freifläche) unter Luftzufuhr zu Fertigkompost verarbeitet. Der direkt angelieferte, häufig holzige Grünabfall sei nicht zur Vergärung geeignet und werde direkt auf der Freifläche kompostiert. Auch hieraus entstehe Fertigkompost, der anschließend vermarktet werde. Die über ein Sieb aussortierten großstückigen und holzigen Bestandteile des Grünabfalls, die sich in der Kompostierung nicht abbauen, würden zu Brennstoff verarbeitet.

Zu 1:

Die Grün- und Bioabfallmengen seien weitgehend stabil, schwankten aber witterungsabhängig.

[Mg bzw. to]	2015	2016	2017	2018
Bioabfall	16.262	16.496	18.574	16.550
Grünabfall				

privat	8.552	8.539	6.699	6.663
gewerblich	12.174	11.332	11.917	12.208
Summe Grün	20.726	19.871	18.616	18.871

Zu 2:

Knapp 50% der Grünabfallmengen würden aufgrund ihrer holzigen Struktur aus der Kompostierung ausgeschleust und zu Brennmaterial verarbeitet.

In den letzten milden Wintern wäre es nur möglich gewesen, ca. 80% der als Brennstoff geeigneten Grünabfallmenge abzusetzen, was in den letzten drei Jahren zu einem Bestandsaufbau von jeweils rund 20 % der als Brennstoff geeigneten Menge geführt hätte. Mit dieser Situation gehe auch die Entwicklung der Preise einher, da es zu einem Überschuss solcher Abfälle gekommen sei. Die Preise seien ab Anlage Watenbüttel von 20 - 22 EUR/to in 2015 auf 10 - 13 EUR/to in 2018 gefallen.

Die Erlöse für Kompost, bewegen sich im Mittel (Groß- und Kleinabnehmer) auf einem Niveau um ca. 1 EUR/m³.

Zu 3:

Soweit es bekannt sei, solle in dem geplanten Biomasse-Kraftwerk überwiegend bereits gebrauchtes Altholz verbrannt werden - zu einem kleinen Teil allerdings auch unbelastete Brennstoffe aus Landschaftspflegematerial zugesetzt werden. Vorausgesetzt die Annahmekriterien passen, könnten hierfür Mengen aus Watenbüttel für BS|Energy interessant sein. Ob dies der Fall sein werde, bleibe dahingestellt.

Bürgermitglied Nordheim fragt nach einem Zeitplan für den Umbau der Grundschulen Stöckheim und Melverode zum Ganztagsbetrieb. Stadtbaurat Leuer informiert, wenn das Raumprogramm vorliege, könne die Planung beginnen. Von der Grundlagenplanung bis zur Vergabe sei dann ein Zeitraum von etwa 15 Monaten anzusetzen. Dabei zu berücksichtigen seien jedoch auch die im Investitionssteuerungsverfahren eingestellten Mittel.

Protokollnotiz: Das Raumprogramm für die GS Melverode war ursprünglich für die zuständigen Gremien im Dezember vorgesehen. Tatsächlich kam es dann aber doch nicht dazu. Nach Aussage der Schulverwaltung ist der Raumprogrammbeschluss zur GS Melverode (Ausbau Ganztag) in den Gremien im Mai/Juni 2019 vorgesehen. Die Angelegenheit ist für diese Schulanlage nach Aussage der Schulverwaltung sehr komplex, weil auch die räumliche Unterbringung eines externen Nutzers aus dem Bildungsbereich eine Rolle spielt. Vor diesem Hintergrund konnte der Raumprogrammbeschluss noch nicht eingeholt werden. Für detailliertere Informationen ist die Schulverwaltung Ansprechpartner.

Ratsherr Kühn berichtet, dass in der Otto-Bögeholz-Straße ein Sonderparkplatz für Schwerbehinderte eingerichtet sei. Die Inhaberin des Sonderparkplatzes sei jedoch zwischenzeitlich verzogen. Wegen des im Umfeld bestehenden hohen Parkdrucks haben Anwohner ein Interesse daran, die Parkbeschränkung entfernen zu lassen. Herr Benscheidt erläutert, wenn ein Sonderparkplatz für Schwerbehinderte nicht mehr benötigt werde, werde die Beschilderung zeitnah entfernt. Ob der Sonderparkplatz tatsächlich nicht mehr benötigt werde, erfordere zunächst aber eine Klärung mit der Person, für die der Sonderparkplatz eingerichtet wurde. Im konkreten Fall könne Herr Benscheidt berichten, dass bereits angeordnet worden sei, die Beschilderung zu entfernen.

Ratsherr Lehmann fragt, ob Investoren bereits bei Anbahnung Ihrer Investorenentscheidung

von der Verwaltung baurechtlich und insbesondere denkmalschutzrechtlich beraten und auf insbesondere denkmalschutzrechtliche Problemstellungen wie beim konkreten Beispiel Burgpassage hingewiesen werden. Stadtbaurat Leuer erläutert, dass der Zeitpunkt, wann Gespräche mit Investoren beginnen, davon abhänge, wann ein Investor auf die Verwaltung zu komme. Ratsherr Lehmann bittet ergänzend um Erläuterung, ob die in Rede stehenden Gebäude am Hutfiltern und Schuhstraße als Ganzes denkmalgeschützt seien oder lediglich die Fassade. Herr Leuer erklärt, dass in der Schuhstraße vom alten Gebäude definitiv nur die Fassade erhalten sei. Am Hutfiltern sei an Originalsubstanz nur die Fassade erhalten. Die Gebäude selbst seien so, wie sie ursprünglich bestanden, nicht mehr vorhanden.

Ratsherr Jordan fragt, ob im Haushalt eine bestimmte Summe eingestellt sei, um durch bauliche Maßnahmen Barrierefreiheit herzustellen. Im konkreten Fall bezieht sich Ratsherr Jordan auf einen öffentlichen Weg zwischen Schlegelstraße und Herzogin-Elisabeth-Straße, der durch eine Treppe unterbrochen werde. Hier müsste eine Rampe errichtet werden. Herr Leuer sagt eine Prüfung zu. Die Verwaltung müsse dabei abwägen, ob und wie die Mittel sinnvoll eingesetzt werden können. Die Gremien würden darüber eine Mitteilung erhalten.

Ratsfrau Jalyschko bittet zur Burgpassage um Information, ob die Fassaden an beiden Seiten der Burgpassage zwar denkmalgeschützt aber lediglich Rekonstruktionen aus der Zeit nach 1945 seien. Herr Leuer sagt eine Klärung und Beantwortung im Nachgang der Sitzung zu.

Protokollnotiz: Das Eingangsgebäude Schuhstraße 6 (Ost) ist Teil eines ursprünglich mittelalterlichen Gebäudes. Im Zuge des Baus der Burgpassage Anfang der 80er Jahre wurde das Gebäude konstruktiv getrennt vom Bestandteil Schuhstraße 6 (West). Zudem wurde bis auf die Fassade und das Dach zur Schuhstraße das gesamte innere Gefüge abgetragen. Die verbliebene Fassade über dem Eingang hat aber bauzeitliche Bestandteile und ist deshalb keine Rekonstruktion.

Hutfiltern 8 ist 1887 errichtet worden und wurde von der Buchbinderei Limbach & Damm genutzt. Diese Buchbinderei war gleichzeitig Herausgeberin der Braunschweiger Landeszeitung. Daher wurde das Gebäude später bis in die 1980er Jahre als Verlagshaus genutzt. Mehrere Umbauten in dieser Nutzung vor und nach dem zweiten Weltkrieg veränderten die räumliche Situation vor allem im rückwärtigen Bereich. 1955 erfolgte im rückwärtigen Bereich der Abbruch des dort befindlichen Aegidienstifts und der dazugehörigen Magdalenenkapelle um eine größere Halle für das Verlagshaus zu errichten. Das Gebäude Hutfiltern 8 wurde aber auch erst durch den Bau der Burgpassage in seinem inneren Gefüge weitreichend zerstört, sodass heute nur noch die Fassade über dem Eingang Richtung Hutfiltern und Teile des inneren Tragsystems erhalten sind. Aber auch hier kann man nicht von einer Rekonstruktion sprechen.

Die Sitzung endet um 15:44 Uhr.

gez.Köster
- Vorsitz -

gez. Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Ender
- Schriftführung -